

AUSGABE 5 | 2024

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

SCHWERPUNKT WOHNEN

Bodenpolitik im Gemeinwohl-
interesse: Das Hamburger
Baulandmodell

Mietbelastungen stoppen,
Spekulationen verhindern

Deutschland braucht eine
klare Wohnstrategie

IBA-Expertenrat plädiert
für Zukunftsquartiere als Next
Practice

AUS DEN STÄDTEN

Heidelberg: Deutscher
Nachhaltigkeitspreis Architektur

Stuttgart: Vorzeigeprojekte für
die IBA'27 zur Kreislaufwirtschaft

Freiburg: Monitoring gegen
Wuchermieten

Chemnitz: Kulturhauptstadt
Europa 2025

AUS DEM STÄDTETAG



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Städte – das wissen wir alle – sind mehr als örtliche Verwaltungseinheiten, mehr als eine Ansammlung von Gebäuden. Städte sind Orte des Miteinanders. Städte sind voller Leben. Städte sind vielfältig. Und Städte sind ein Versprechen: Jede und jeder kann Teil der Stadtgesellschaft sein, jede und jeder kann die Stadt sein Zuhause nennen. Städte sind Heimat – für Millionen von Menschen.

„Städte sind Orte des Miteinanders. Städte sind voller Leben. Städte sind vielfältig.“

Trotzdem bekommt der Zusammenhalt in unseren Städten Risse. Die Gründe sind vielschichtig. Ein Aspekt ist mit Sicherheit, dass viele Menschen ihr „Zuhause“ in Gefahr sehen: Gerade in den Städten steigen die Mieten seit Jahren rasant, Wohnraum ist knapp – und wird knapper. Das ist hochgefährlich. Die Entwicklung der Mieten in vielen Städten gefährdet den Zusammenhalt, sie zerstört Heimat. Der Wohnungsbau legt gerade eine Vollbremsung hin, weil es sich nicht mehr rechnet, neue Wohnungen zu bauen. Soweit das Problem. Und die Lösungen? Einige wollen wir in dieser Ausgabe (5/2024) von „Städtetag aktuell“ beleuchten.

Denn es gibt Ansätze, die sich zu einem Maßnahmenbündel schnüren lassen. Ein Ansatz: Das Vorkaufsrecht für die Kommunen stärken. Städte könnten so Grundstücke an die Bauwilligen weiterreichen, die dann mit vereinbarten Zielen und in fixen Fristen auch tatsächlich bauen. Ein anderer Ansatz: Die Verteilung von Wohnraum angehen. Also stärkere Anreize zum Wohnungstausch setzen. Könnte es helfen, die Mehrkosten für eine kleinere Wohnung zu fördern, damit kleine Haushalte aus großen Wohnungen



© U.J. Alexander stock-adobe.com

umziehen? Und schließlich bietet das Bau- und Planungsrecht eine Reihe von Wegen. Die Novelle des Baugesetzbuchs hätte den Städten an vielen Stellen Wohnungsbau ohne komplizierte Planungsverfahren ermöglicht. Jetzt hängt der Entwurf nach dem Bruch der Ampelkoalition im Bund fest. Genauso wie die Verlängerung der Mietpreisbremse. Auch sie ist ein Ansatz gegen exzessiv steigende Mieten in unseren Städten. Deswegen hat sich der Deutsche Städtetag intensiv dafür eingesetzt, dass die Mietpreisbremse trotz Neuwahlen noch verlängert wird – auch im Bündnis mit anderen Verbänden wie dem Deutschen Mieterbund und dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Die Verlängerung wäre ein wichtiges Signal an die Menschen in unseren Städten, dass wir den sozialen Zusammenhalt stärken – Stück für Stück.

© Laurence Chaperon



Helmut Dedy,
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

TITELFOTO

Preisgekröntes Studierendenhaus der TU Braunschweig

Das Studierendenhaus der Architekten Gustav Düsing und Max Hacke auf dem Campus der Technischen Universität Braunschweig gewann in diesem Jahr mit dem Mies-van-der-Rohe-Award den europäischen Preis für zeitgenössische Architektur. Der Award wird nur alle zwei Jahre vergeben und gilt als der renommierteste europäische Architekturpreis.

Die Jury lobte die Stahl-Holz-Konstruktion als vielseitiges System, das technologischen Fortschritt mit einem flexiblen und wiederverwendbaren Prinzip verbindet. Zwei Geschosse bieten auf 35 Quadratmetern studentische Arbeitsplätze für alle Fakultäten sowie Platz für den Austausch zwischen Studierenden und Lehrenden.

In dem pavillonartigen Baukörper entsteht eine helle und offene Wohlfühlatmosphäre. Zudem sind alle Arbeitsplätze hierarchiefrei qualitativ auf einem gleichwertigen Niveau. Das Gebäude setzt damit neue Maßstäbe für eine zeitgemäße akademische Lernumgebung.

➔ www.staedtetag.de/240501

(© The informal studio, Iwan Baan)

Bodenpolitik im Gemeinwohlinteresse: Das Hamburger Baulandmodell

Von Monika Thomas

Die Bedeutung einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik

Boden ist eine endliche Ressource. Ideell und wohl auch faktisch ist Bodenbesitz für viele mit einer hohen Bedeutung als Freiheits- und Sicherheitsgarant versehen. Gleichzeitig formuliert das Grundgesetz die Sozialpflichtigkeit des Eigentums als Maßstab für seine Verwertung. Gerade im Kontext von Bodenpolitik ist diese Verpflichtung immer wieder Gegenstand kontroverser Diskussionen, insbesondere, wenn hinter einem Ertrag aus Bodenbesitz keine Leistungserbringung steht. Die Frage, wie Bodenwertsteigerungen gerecht verteilt und gemeinwohlorientiert genutzt werden können, oder ob Boden sogar nur genutzt und nicht besessen werden darf, bleibt eine politische Herausforderung. Eine Bodenpolitik im Gemeinwohlinteresse muss die Balance finden zwischen den privaten Rechten der Eigentümer und deren Verantwortung gegenüber der Gesellschaft.

Aktive Liegenschaftspolitik bei zunehmender Konkurrenz der Flächenansprüche

Für die Kommunen spielt die Steuerung der Bodennutzung eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung einer nachhaltigen und sozial orientierten Stadtentwicklung. Durch kluge Liegenschaftspolitik können Kommunen Weichen für eine gerechtere und zukunftsfähige Stadt setzen. Doch erst ein Zugriff auf Flächen garantiert eine Umsetzung.

Die Ressource Boden steht zudem immer mehr unter dem Druck verschiedener und wachsender Nutzungsansprüche. Während bezahlbarer Wohnraum und soziale Infrastruktur vielerorts dringend benötigt werden, steigen auch die Flächenbedarfe durch Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität, Flächenbedarf für erneuerbare Energien, Risikovorsorge für Naturkatastrophen wie

auch Sicherung der Ernährung. Nicht allein die Bebauung macht den Expansionsfaktor aus. Die Pandemie und kritische Situationen weisen zudem auf möglichst regionale Versorgungslösungen hin. All diese Ansprüche machen manche Planer:innen schwindelig bei dem Versuch, sie alle geordnet unterzubringen.

Städte, wie z.B. Hamburg, setzen diese Konkurrenz in ambitionierten Zielsetzungen um: mindestens 10 Prozent der Fläche für Naturschutzgebiete, 2,5 Prozent für Windenergie, immer 100 Hektar Angebotsfläche für die Industrie, möglichst 10.000 neue Wohnungen pro Jahr usw. Flächen werden sozusagen kontingentiert.

Hamburgs Ansätze für eine sozial gerechte Bodenpolitik

Hamburg hat in den vergangenen Jahren wegweisende Schritte unternommen, um den Umgang mit der Ressource Boden sozial gerechter und nachhaltiger zu gestalten.

Ein Beschluss zur sozialgerechten Bodenpolitik für Hamburg (2019) und die Ergebnisse aus den Verhandlungen mit den Volksinitiativen „Boden und Mieten“ (2022) markieren wichtige Weichenstellungen. Die Stadt setzt zunehmend auf Erbbaurechte, um langfristig die Nutzung von Boden zu steuern.

Diese sozial gerechte Nutzung des Bodens wird über die konsequente Anwendung relevanter Steuerungsinstrumente gefördert. Hamburg gehört zu den Vorreitern bei der Einführung von Konzeptvergaben. Qualität und der gesellschaftliche Mehrwert eines Projekts haben hier Vorrang vor dem Höchstpreis. In städtebaulichen Verträgen wird der im Rahmen des Hamburger Drittmixes umzusetzende Anteil geförderter Wohnungen fest vereinbart. Beides sind Bausteine



Gesellschaftlichen Zusammenhalt durch soziale Bodenpolitik und bezahlbaren Wohnraum fördern. In den großen Stadtentwicklungsgebieten sieht Hamburg 20 Prozent der Flächen für Baugemeinschaften vor. (© Baroquine Fotografie)

In Hamburgs Pergolenviertel sind auf einer Fläche von 27 Hektar rund 1.700 Wohneinheiten entstanden. Neben klassischen Miet- und Eigentumswohnungen gibt es Wohnangebote für Studierende sowie mehrere Pflege- und Assistenz-Wohngemeinschaften. 60 Prozent der Wohnungen sind öffentlich gefördert. (© Andreas Bock)



des Hamburger Baulandmodells, wie viele weitere Vereinbarungen, die gemeinsam mit dem Bündnis für das Wohnen und den Bezirken geschlossen wurden.

Aktive sozialgerechte Bodenpolitik verpflichtet mithin zum sorgsamem Umgang mit dem Boden und setzt eine Priorität auf die Transformation der Stadt. Mit der Strategie „Mehr Stadt in der Stadt“ priorisiert Hamburg die innerstädtische Entwicklung, bevor neue Flächen auf der grünen Wiese erschlossen werden. Projekte wie das „Hamburger Maß“ und das „Magistralenkonzept“ stehen für urbanes Wachstum in bestehenden Strukturen.

Und selbstverständlich hat der Boden eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den Klimawandel. Bodenpolitik hat ihren Beitrag für die Senkung der CO₂-Bilanz zu liefern.

Boden als Gemeingut behandeln

Die Bodenfrage ist eine der aktuell zentralen sozialen und ökologischen Herausforderungen. Es braucht einen politischen Rahmen, der die Bodenpolitik finanziell und

rechtlich stärkt: von Vorkaufsrechten und Baugeboten über Ausgleichsbeträge bei Bodenwertsteigerungen bis hin zur Stärkung von Erbbaurechten. Dafür sind stabile Regelungen im Haushalts- und Steuerrecht und im BauGB erforderlich. Viele Fachinteressen greifen auf den Boden zu, bestimmen ihren Bedarfsanteil. Aber die Instrumente, mit denen sich diese Ansprüche umsetzen und gerecht verteilen lassen, stehen hinten an. Ein klarer Fokus auf Gemeinwohl und ökologische Transformation ist essenziell. Hamburg zeigt vielversprechende Ansätze, doch ohne bundesweite Unterstützung bleibt die gemeinwohlorientierte Bodenpolitik begrenzt. Fehlende Steuerung in der Bodenpolitik geht zu Lasten sozialer und gesellschaftlicher Belange und wird zu einer weiteren Spaltung in der Gesellschaft beitragen. Boden ist mehr als eine Ware – er ist ein Gemeingut, das Fürsorge und klare Regeln benötigt.



Monika Thomas,
Staatsrätin Freie und Hansestadt
Hamburg

Mietbelastungen stoppen, Spekulationen verhindern

Interview mit Lukas Siebenkotten

Explodierende Mieten, ein massiver Mangel an Sozialwohnungen und die Herausforderungen der Klimapolitik im Wohnsektor – der Wohnungsmarkt in Deutschland steht vor enormen Problemen, will man bezahlbares Wohnen für Millionen Menschen sichern. Wir haben dazu Lukas Siebenkotten, Präsident des Deutschen Mieterbundes befragt.

Städtetag aktuell: Was ist nötig, um rasant steigende Mieten zu begrenzen, und wie bewerten Sie den aktuellen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Mietpreisbremse?

Lukas Siebenkotten: Leider hat die Ampelkoalition so lange über die im Koalitionsvertrag vereinbarte Verlängerung der Mietpreisbremse intern gestritten, dass die Regierung zerbrochen ist, bevor der zwischenzeitlich mit Mühe erstellte Referentenentwurf im Bundeskabinett oder gar im Fachausschuss beraten werden konnte. Der zuständige Bundesjustizminister Buschmann (FDP) hat es tatsächlich geschafft, das Gesetzgebungsverfahren so lange zu verschleppen, dass es jetzt der zu erwartenden Neuwahl des Bundestages zum Opfer fällt, wenn sich nicht im letzten Moment eine Bundestagsmehrheit dafür findet, das Gesetz doch noch zu verabschieden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen führt kein vernünftiger Weg daran vorbei, die Verlängerung der Mietpreisbremse noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg zu bringen. Unter den Schutzschirm der Mietpreisbremse vor unzulässig hohen Mieten fallen derzeit 30 Prozent der Gesamtbevölkerung – etwa 26 Millionen Menschen – in 13 von 16 Bundesländern. Diese Menschen ab 2026 dem freien Markt mit – zumindest auf angespannten Mietmärkten – oftmals ungezügelter Mietpreissteigerungen bei der Neuanmietung einer Wohnung auszusetzen, wäre in höchsten Maße unsozial.

Bei einem Ende der Mietpreisbremse drohen unkalkulierbare Folgen für die angespannten Wohnungsmärkte in vielen Städten Deutschlands. Bei einem Abschluss neuer Mietverträge existieren dann keinerlei Beschränkungen zur Miethöhe, da auch die Mietwuchervorschrift, mit der theoretisch gegen unangemessen hohe Mieten vorgegangen werden kann, in der Praxis aufgrund bürokratischer Hürden kaum Anwendung findet. Bereits jetzt sind Mieter und Mieterinnen beim Abschluss neuer Mietverträge der extrem angespannten Marktsituation besonders ausgesetzt. In München beispielsweise müssen Mieterinnen und Mieter mittlerweile knapp 21 Euro berappen, wenn sie eine neue Wohnung anmieten, in anderen Großstädten sieht es nicht viel besser aus – hier werden Mieten von 16 bis 17 Euro pro Quadratmeter aufgerufen. Das sind Mieten, die sich kein Normalverdiener mehr leisten kann. Der Gesetzgeber muss handeln und jetzt für eine Fortführung der Deckelung der Mieten sorgen!

Welche Schritte braucht es konkret, um den akuten Mangel von über 900.000 Sozialwohnungen in Deutschland zu beheben?

Die Ampelregierung ist mit ihrem Vorhaben, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, 100.000 davon öffentlich gefördert, gescheitert. Von den 2023 knapp 300.000 neu gebauten Wohnungen sind weniger als ein Drittel klassische Mietwohnungen und weniger als ein Zehntel bezahlbare Sozialwohnungen. Der Bestand an Sozialwohnungen ist seit Jahren dramatisch rückläufig und hat sich seit 2006 auf nur noch 1 Million Wohnungen halbiert. Gerade der Neubau von Wohnungen ist ein entscheidender Schlüssel zur Entspannung des Wohnungsmarktes. Der Wohnungsneubau stagniert aber seit Jahren und schafft keine Entlastung für die extrem angespannten



städtischen Wohnungsmärkte. Die Folgen der verfehlten Wohnungspolitik zumindest des letzten Jahrzehnts lassen sich nicht mehr kaschieren. Die Wohnungsmarktkrise gewinnt weiter an Dynamik: hohe Mietbelastungen vor allem für Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende und Studierende sowie Alleinerziehende, immer weiter steigende Immobilienpreise, kaum Neubau und keine Besserung in Sicht. Es fehlen hunderte-tausende bezahlbare Wohnungen im Land.

Die verbleibende Bundesregierung und die Fraktionen im Deutschen Bundestag müssen endlich Maßnahmen einleiten, die zu mehr Neubau führen, um so auch sozialpolitisch ein wichtiges Signal zu senden. Notwendig sind jetzt schnelle und umfassende Lösungen, mit denen die hohen Mietbelastungen gestoppt, Spekulationen von großen Investoren mit Grund und Boden verhindert und der Neubau von Wohnungen deutlich gesteigert werden kann. Wir brauchen mehr staatliches Engagement und umfassende öffentliche Förderung auf den Wohnungsmärkten sowie die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit, bei der sich Bauherren im Gegenzug für Steuererleichterungen und Investitionszuschüsse verpflichten, im bezahlbaren Segment

zu bauen und die Mieten auch dauerhaft bezahlbar zu halten.

Wie können wir die Klimaziele erreichen ohne Wohnen dabei noch deutlich teurer zu machen?

Damit der unstrittig dringend benötigte Klimaschutz in Mietwohnungen vorankommt und sozial gerecht gelingt, müssen die notwendigen Investitionen besser zwischen drei Akteuren verteilt werden: öffentliche Hand, Vermietende und Mieterinnen und Mieter. Mieterinnen und Mieter sollen im Endeffekt nicht mehr bezahlen müssen, als sie an Energiekosten einsparen. Dafür muss die sogenannte Modernisierungsumlage, also der Anteil der Investitionen, der auf die Mietenden umgelegt wird, von derzeit maximal 10 Prozent auf 3 Prozent abgesenkt werden. Damit die energetische Sanierung auch für die Vermieterseite leistbar ist, muss die öffentliche Hand mehr und zielgenauer fördern.

© Hoffotografen



Lukas Siebenkotten,
Präsident des Deutschen
Mieterbundes

Deutschland braucht eine klare Wohnstrategie

Von Axel Gedaschko



© Calado - stock.adobe.com

Bezahlbares Wohnen ist die zentrale Säule für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – sie muss langfristig abgesichert und gleichzeitig die klima- und altersgerechte Transformation des Gebäudebestands ermöglicht werden. Nur so wird Deutschland ein Land mit den richtigen Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg und soziale Gerechtigkeit bleiben.

Angesichts einer sich immer schneller verändernden Welt, die klare und zusichernde politische Antworten erfordert, sind die Menschen verunsichert. In einem zentralen Lebensbereich kristallisieren sich die Ängste und Sorgen der Menschen dabei ganz besonders: beim Wohnen. Wenn die Leistbarkeit der Wohnung auf dem Spiel steht und kaum noch neuer Wohnraum entsteht, sind tiefe Verunsicherung und politischer Vertrauensverlust die unausweichlichen Folgen. Der dringende Handlungsbedarf bei der häufig als „soziale Frage unserer Zeit“ bezeichneten Wohnkrise ist seit Jahren klar, doch durchgreifende politische Lösungen bleiben Fehlanzeige.

Sowohl für die sozial orientierten Wohnungsunternehmen als auch für die Mieterinnen und Mieter spitzt sich die Lage immer weiter zu: Der klima- und altersgerechte Umbau der bestehenden Wohnungen sowie die Bekämpfung des Wohnungsmangels durch Neubau müssen bewältigt werden. Doch während Kosten und Vorgaben steigen, befinden sich die notwendige Sanierung des Wohnungsbestands und der Bau neuer Wohnungen im Sinkflug.

Deutschland braucht deshalb eine klare Wohnstrategie, auf die alle relevanten Akteure – Bund, Länder und Kommunen – einzahlen müssen. Denn jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Deshalb konzentrieren sich unsere Unternehmen als Bestandhalter primär auf die Transformation ihrer Bestände. Und auch hier befinden wir uns politisch aktuell auf einem Holzweg. Wir brauchen dringend einen Kurswechsel in der Gebäude-Klimapolitik.

Die Initiative fünf führender Wissenschaftler für einen Paradigmenwechsel in der Klima-

„Das Baugesetzbuch muss letztlich so gestaltet werden, dass das Bauen von Wohnungen gegenüber anderen Belangen regelmäßig im Vordergrund steht. Deutschland braucht einen echten Bau-Turbo.“

politik im Gebäudesektor kommt deshalb genau zur rechten Zeit. Die Erkenntnisse machen unmissverständlich deutlich: Die politischen Rahmenbedingungen für die Energiewende im Gebäudebereich müssen konsequent auf einen Praxispfad mit Fokus auf die Reduzierung von CO²-Emissionen neu ausgerichtet werden. Das bisherige, immer weitere Hochschrauben der Gebäudeeffizienz ist der unintelligenteste, weil teuerste Weg in Richtung Klimaziele.

Baukosten runter, Standards halten, Genehmigungen beschleunigen

Darüber hinaus muss bezahlbarer Wohnungsneubau wieder im erforderlichen Umfang ermöglicht werden. Vor diesem Hintergrund muss der Bau von bezahlbarem Wohnraum mit Mietobergrenzen in Gebieten mit Wohnraummangel als „überragendes öffentliches Interesse“ behandelt werden. Das würde Abwägungsprozesse erleichtern, beschleunigen und am Ende auch gerichtsfester machen. Das Baugesetzbuch muss letztlich so gestaltet werden, dass das Bauen von Wohnungen gegenüber anderen Belangen regelmäßig im Vordergrund steht. Deutschland braucht einen echten Bau-Turbo. Deshalb ist eine Sonderregelung für den Wohnungsbau – konkret § 246e BauGB-E – zu begrüßen und muss schnellstmöglich vorangebracht werden.

Diese hohen Investitionen müssen realisierbar gemacht werden. Das heißt: Die Baukosten müssen runter, die Standards dürfen nicht weiter erhöht, Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden und für das bezahlbare Segment brauchen wir ausreichend Förderung sowie absoluten Vorrang.

Die Fördersituation bleibt bislang absolut mangelhaft – und wird es wohl angesichts der angespannten Haushaltslage auch bleiben. Das Förderprogramm „Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment

(KNN)“, das ursprünglich als wichtige Säule für den bezahlbaren Neubau gedacht war, hat sich als enttäuschend herausgestellt. Anstatt bezahlbaren Wohnraum zu fördern, bleibt es ein Programm für teures, klimafreundliches Bauen. Auch das Instrument der Wohngemeinnützigkeit wird nicht die gewünschte Wirkung entfalten. Sie kann zwar dabei helfen, dass Institutionen wie Vereine und Stiftungen zu Anbietern von bezahlbarem Wohnraum werden, angesichts des riesigen Wohnungsmangels reicht das aber bei Weitem nicht aus.

Da mittlerweile 800.000 Wohnungen in Deutschland fehlen, ist zur Lösung dieser Herkulesaufgabe ein größerer und langfristiger Wurf in Form eines funktionierenden Fördersystems für bezahlbaren Wohnraum notwendig. Bei der aktuell schwierigen Haushaltslage wäre deshalb eine Zinssubvention auf 1 Prozent die richtige Lösung.

Bezahlbarer Wohnraum lässt sich nur dauerhaft sichern, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam ihre Hausaufgaben machen. Ansonsten bleibt die Mitte der Gesellschaft beim Wohnen – der sozialen Frage unserer Zeit – auf der Strecke.



© GdW/Urban Ruths

Axel Gedaschko,
Präsident des GdW – Bundesverbandes der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen

IBA-Expertenrat plädiert für Zukunftsquartiere als Next Practice

Von Christa Reicher

Die Versorgung mit Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung ist zu einer der drängendsten gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben geworden. Dabei sind die Antworten auf die Frage, wie der zunehmenden Wohnungsnot begegnet werden kann, vielfältig und reichen von dem Bau von neuen Stadtteilen, über die Revitalisierung von aufgegebenen und untergenutzten Brachflächen im innerstädtischen Kontext bis hin zu Programmen für eine Beschleunigung des Wohnungs(um)baus. Die Schaffung von Wohnraum ist jedoch keine rein quantitative Aufgabe, sondern eine Herausforderung, die mit nachhaltigen Qualitäten des Wohnkomforts, mit einer guten Nutzungsmischung und mit energetischen und klimatischen Aspekten sowie der Zirkularität eng verknüpft ist.

Vor diesem Hintergrund hat der IBA-Expertenrat des BMWSB ein Positionspapier verfasst, das die Erfahrungen aus der Anwendung des Formates der Inter-

nationalen Bauausstellungen (IBA) aus vergangenen und laufenden IBA mit den skizzierten aktuellen Herausforderungen verknüpfen und damit eine integrierte Quartiersentwicklung befördern will.

Stadtteile und -quartiere auf dem Weg der Umsetzung

Trotz eines enormen Entwicklungsdrucks auf unsere Städte, gilt für den Städtebau und die Stadtentwicklung nach wie vor die Devise „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Im Sinne einer für aktiven Klimaschutz relevanten Kreislaufwirtschaft müssen bevorzugt ehemalige Industrie-, Bahn- und Militärfächen entwickelt werden. Aber die innerstädtischen Flächen werden knapp, sodass Stadterweiterungen in einzelnen Regionen mit extremem Nutzungs- und Entwicklungsdruck unumgänglich sind bzw. sich zulasten von innerstädtischen Qualitäten und notwendigen Freiräumen auswirken würden. Neue Stadtteile und Quartiere wie Dietenbach in Freiburg,

Schönefeld-Nord, Internationaler Wettbewerb und Masterplanung (© RHA REICHER HAASE ASSOZIIERTE Aachen/Dortmund @ RHA)



Schönefeld-Nord in Brandenburg oder Hafner in Konstanz, die an den Rändern der Städte und Agglomerationsräume geplant sind - zum Teil auf aufgegebenen Industrie- oder Kasernenarealen oder durch Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen -, können demnach auch ein wichtiger Beitrag zur Lösung der dringenden und sich verschärfenden Wohnungsfrage sein.

Von der Internationalen Bauausstellung (IBA) zum „Zukunftsquartier“

Internationale Bauausstellungen sind beispielgebend und gut, weil im Rahmen solcher Formate der Stadt- und Regionalentwicklung modellhafte und übertragbare Lösungen für grundlegende gesellschaftliche und planerische Fragestellungen entwickelt werden. Dabei spielt die zukunftsorientierte Quartiersentwicklung eine zentrale Rolle.

Das Format der IBA hat unter Beweis gestellt, dass es sich in besonderem Maße dazu eignet

- sektorale Herangehensweisen zu überwinden und integrierte Prozesse umzusetzen,
- höchste Qualitätsansprüche an Baukultur durch geeignete Qualifizierungsverfahren einzulösen,
- erfolgversprechende Instrumente einzusetzen und Organisationsformen zu etablieren und
- schnell und modellhaft Lösungen auf den Weg zu bringen.

Vor diesem Hintergrund bietet es sich an, laufende und gerade an den Start gegangene Quartiersentwicklungen in Deutschland an den Erfahrungen von IBA teilhaben zu lassen. Quartiere sollen den Status von „Zukunftsquartieren“ erlangen, wenn sich die Kommunen an den ambitio-

nierten IBA-Qualitätskriterien orientieren (vgl. IBA-Memorandum) sowie integral und modellhaft vorgehen wollen.

Die vom IBA-Expertenrat vorgeschlagene Exzellenzinitiative mit der Dachmarke „Zukunftsquartiere“ möchte die Kommunen inhaltlich und organisatorisch unterstützen durch

- eine Vernetzung der Kommunen miteinander in Form eines strukturierten Know-how-Transfers,
- eine Sammlung von Best-/Next-Practice Projekten, um das „Voneinanderlernen“ zu beschleunigen, und
- eine prioritäre Berücksichtigung in den Förderprogrammen des Bundes und der Länder.

Der IBA-Expertenrat empfiehlt, die Entwicklung von „Zukunftsquartieren“ zu einem herausgehobenen Politikfeld der Stadt- und Regionalplanung zu machen und Kriterien sowie Verfahren für die Anerkennung als IBA-ähnliches Format zu entwickeln. Damit können Anreize zur Nachahmung geschaffen werden, die insbesondere innovative und dringend benötigte Lösungen zielführender in die breite Praxis übertragen. So würde unser „Langsam-Land“ zeigen, wie es mit der Etablierung von „Zukunftsquartieren“ schnell und sichtbar Transformation gestalten und NEXT Practice mit höchsten Ambitionen umsetzen kann.

Informationen zum IBA-Memorandum:

➔ www.staedtetag.de/240502



Prof. Dipl.-Ing. Christa Reicher,
Stadtplanerin und Architektin,
Aachen



Stuttgart: Vorzeigeprojekte für die IBA'27 zur Kreislaufwirtschaft im Wohnungsbau

In der Stuttgarter Weimarstraße soll zur Internationalen Bauausstellung IBA'27 ein bedeutendes Projekt im Bereich Kreislaufwirtschaft im Wohnungsbau entstehen. Bei dem Neubau setzt das Land Baden-Württemberg als Bauherr auf eine ressourcenschonende Holzhybridbauweise. Zudem ist das Projekt darauf ausgelegt, bestehende Grünflächen zu erhalten und nachhaltiges Wohnen in der Innenstadtlage zu befördern. Das Gebäude soll 32 Wohnungen und multifunktionale Flächen umfassen. Zur ökologischen Bauweise passend werden eine Photovoltaikanlage und eine hocheffiziente Wärmepumpe verbaut. Der Baubeginn ist für 2025 geplant, die Fertigstellung soll 2027 erfolgen.

Ein weiteres bedeutendes Projekt der IBA'27 ist das genossenschaftliche Quartier Am Rotweg in Stuttgart-Rot. Hier werden am Standort alter mehrgeschossiger Zeilenbauten aus den 1950er-Jahren in Stuttgarts erster Nachkriegssiedlung nachhaltige und bezahlbare Wohnräume geschaffen. Den Rahmen geben die drei Siegerentwürfe des städtebaulichen Wettbewerbs vor: So gruppieren sich im neuen Quartier zehn Gebäude aus Holz-, Holzhybrid- und Recyclingmaterialien locker um eine Gemeinschaftswiese. Im Rahmen der Kreislaufwirtschaft liegt der Fokus auf der Wiederverwendbarkeit von Baumaterialien und einer energieeffizienten Bauweise.

➔ www.staedtetag.de/240505

Heidelberg: Deutscher Nachhaltigkeitspreis Architektur

Das Wohn- und Gemeinschaftsprojekt Collegium Academicum in Heidelberg wurde mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis Architektur ausgezeichnet. Mit ihrer Wahl würdigt die Jury neben der architektonischen Qualität auch die Eigeninitiative einer Gruppe junger Menschen: Als Reaktion auf fehlenden bezahlbaren Wohnraum und aus dem Bedürfnis heraus, ökologisch vertretbar zu leben, wurde Collegium Academicum von einer Gruppe junger Aktivistinnen und Aktivisten ins Leben gerufen und im Zuge der Internationalen Bauausstellung in Heidelberg in einem partizipativen Entwurfs- und Bauprozess verwirklicht. So entstand ein zukunftsfähiges Areal, in dem die Gemeinschaft nachhaltig gestärkt wird: Das Collegium Academicum ist das größte selbstverwaltete und selbstfinanzierte Wohn- und Gemeinschaftsprojekt für Menschen in der Ausbildung in Deutschland.

➔ www.staedtetag.de/240504



Freiburg: Monitoring gegen Wuchermieten

Seit Anfang des Jahres 2022 prüft die Stadt Freiburg online eingestellte Wohnungsanzeigen auf mögliche Überhöhungen des Mietpreises. Für diesen Zweck kooperiert die Stadt mit dem Unternehmen Mietmonitor: Inserate, bei denen ein Verdacht auf Mietpreisüberhöhung oder Mietwucher besteht, werden an die Stadt weitergeleitet – die dann entsprechende Schritte einleitet und zunächst für eine Mietmäßigung beim Anbieter wirbt. Ein Verdacht auf eine Mietpreisüberhöhung ist dann gegeben, wenn die verlangte Miete die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 20 Prozent übersteigt. Ein Verdacht auf Mietwucher besteht dann, wenn die verlangte Miete die ortsübliche Vergleichsmiete um mindestens 50 Prozent überschreitet. Um das Wohnen in der gefragten Dreisamstadt für alle Menschen erschwinglich zu machen, hat die Stadt Anfang 2019 das Referat für bezahlbares Wohnen (RbW) als Stabsstelle des Oberbürgermeisters eingerichtet. Außerdem verfolgt die Stadt seit 2020 das Gesamtkonzept „Bezahlbar Wohnen 2030“, das Maßnahmen und Strategien unter anderem für Neubau, Bezahlbarkeit im Bestand, Förderungen und Baukosten bündelt.

➔ www.staedtetag.de/240506



© Stadt Freiburg, Patrick Seegeer



© Stadt Chemnitz, Pressestelle, Laszlo Farkas

Chemnitz: Kulturhauptstadt Europa 2025

„C the Unseen“ lautet das Motto der Kulturhauptstadt Europa 2025, ausgerichtet von der sächsischen Industriestadt Chemnitz zusammen mit 38 Städten und Gemeinden aus Mittelsachsen, dem Zwickauer Land und dem Erzgebirge. Selbstgestecktes Ziel ist es, die Region, ihr reiches gemeinsames Kultur- und Industrie-Erbe und bislang Ungesehenes und Unentdecktes im Osten Deutschlands und in der Mitte Europas sichtbar zu machen. Das Programm zum Kulturhauptstadt-Jahr startet am 18. Januar 2025. Geboten werden unzählige Veranstaltungen und Angebote zum Mitmachen, Festivals, Ausstellungen, Theater, Performances, aber auch Sport, Kulinarik, Workshops und Events.

Chemnitz selbst verortet sich als ost-europäische Stadt in einem westeuropäischen Land, geprägt von großer Tradition und vielen Umbrüchen, zuletzt vom Ende der DDR und der Rückbenennung von Karl-Marx-Stadt in Chemnitz. Im Verbund mit Zwickau und der umliegenden Region hat die Stadt maßgeblich zur industriellen Entwicklung Deutschlands beigetragen, insbesondere in Textil-, Maschinenbau- und Automobilindustrie.

Der Bergbau im Erzgebirge machte die Region einst zur wirtschaftlichen Hochburg. Seit 2019 zählt die Montanregion um UNESCO-Welterbe. Die Region ist geprägt von Zeugnissen der Industrialisierung und von einer hohen Dichte an Schlössern aus Mittelalter, Renaissance und Barock, von Theater, Musik und Kunstsammlungen sowie hochkarätigen Museen und einer einzigartigen Architektur.

➔ www.staedtetag.de/240503



(v.r.n.l.) künftiger Städtetagshauptgeschäftsführer Oberbürgermeister Christian Schuchardt; Städtetagsbeigeordnete Christine Wilcken, Städtetagsvizepräsidentin Oberbürgermeisterin Katja Dörner, Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe, Städtetagshauptgeschäftsführer Helmut Dedy. (© Timm Steinborn)

Neuer Hauptgeschäftsführer und Stellvertreterin gewählt

Christian Schuchardt (55) ist bei der Hauptausschusssitzung in Frankfurt am Main einstimmig zum künftigen Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages gewählt worden. Er wird das Amt zum 1. Juli 2025 antreten und folgt auf den langjährigen Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy (66). Dieser geht dann nach neun Jahren an der Spitze der Hauptgeschäftsstelle in den Ruhestand.

Schuchardt ist seit 2014 Oberbürgermeister der Stadt Würzburg. Zuvor war er dort als Stadtkämmerer für Finanzen zuständig sowie für städtische Beteiligungen und Personal. Vor seinem Wechsel nach Würzburg war Schuchardt Beigeordneter der Stadt Schwerte und hat sich bei der Hessischen Landesbank mit kommunalen Haushalten befasst.

Zur stellvertretenden Hauptgeschäftsführerin ab dem 1. Juli 2025 wählte der Hauptausschuss Dr. Christine Wilcken (44), bisher bereits als Beigeordnete und Leiterin des Dezernats Klima, Umwelt, Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz beim Deutschen Städtetag.

Vor Neuwahl des Bundestages: Was die Städte noch brauchen

Nach dem Ende der Ampelkoalition hat der Deutsche Städtetag die Bundespolitik aufgefordert, dringend benötigte Entscheidungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nicht bis nach den Bundestagswahlen zu verschieben. Der Präsident des Städtetages, Markus Lewe, betonte nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Frankfurt am Main am 28. November: „Bevor die Bundespolitik (...) vollends in den Wahlkampf-Modus umschaltet, sollten sich noch parteiübergreifend Mehrheiten für Projekte finden, für die sich die Städte lange eingesetzt haben.“

So drängen die Städte auf eine schnelle Reform des Baugesetzbuches und die Verlängerung der Mietpreisbremse. Ohne diese Maßnahmen drohen der Wohnungsbau und die Mietpreisregulierung ins Stocken zu geraten. Auch das Allgemeine Eisenbahngesetz, das Bauprojekte mit bundesweit tausenden von Wohneinheiten auf ehemaligen Bahnflächen erschwert, müsse dringend angepasst werden.

Ebenfalls als essenziell bewerten die Städte eine Nachfolge für den Digitalpakt. Städtetagpräsident Lewe forderte Bund und Länder auf, weiter zu verhandeln um die Digitalisierung der Schulen nicht ins Stocken zu bringen. Eine fehlende Finanzierung gefährde die IT-Ausstattung und sorge für geringere Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern aus ärmeren Haushalten.

Katja Dörner, Vizepräsidentin des Städtetages betonte, dass die Digitalisierung der Gesundheitsämter über den „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ hinaus gesichert werden müsse. Präventionsarbeit zum Schutz der Menschen gewinne angesichts von Klimawandel, Extremwetter und Pandemiegefahren immer weiter an Bedeutung.

”

Verantwortung endet nicht am Ortsschild. Da fängt sie erst richtig an.

Katja Dörner, Oberbürgermeisterin von Bonn

Foto: schafgans / dgbh

Die Stadt Bonn engagiert sich etwa durch ihre Klimapartnerschaft mit Cape Coast in Ghana. Die Partnerstädte tauschen sich intensiv zu Abfallmanagement und Umweltbildung aus und ermöglichen so einen besseren Schutz des dortigen Lagunen-Biotops.

Wenn auch Sie sich mit Ihrer Kommune für lokale Nachhaltigkeit und eine gerechtere Globalisierung einsetzen möchten, berät, vernetzt und fördert Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Friedrich-Ebert-Allee 40 | 53113 Bonn | www.engagement-global.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL** 
Service für Entwicklungsinitiativen

mit ihrer

SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Positionspapier des Städtetages zur Immobilien-, Bau- und Wohnungskrise

Welche Indikatoren belegen die aktuelle Bau- und Wohnungskrise in den Städten? Welche Bedarfe gibt es und welche Zielvorstellungen? Was könnte lindernd wirken? Welche investiven und welche regulatorischen Maßnahmen und welche Förderung wären zielführend? Antworten auf Fragen wie diese, Ideen und Lösungsansätze beschreibt das aktuelle Positionspapier des Deutschen Städtetages.

➤ www.staedtetag.de/240507



Stadtgespräch. Neues Bewusstsein für moderne Kommunikation

Moderne Kommunikation und ihre Bedeutung in einer digital geprägten Welt stehen im Mittelpunkt des Buches von Sven Matis, Pressesprecher der Landeshauptstadt Stuttgart. Neben wesentlichen Aspekten der zwischenmenschlichen Interaktion schildert er, oftmals mit direkten Bezügen zur kommunalen Praxis, wie bewusste Kommunikation Verständigung verbessern und Missverständnisse vermeiden kann. Durch klare Struktur und viele Beispiele aus Stadtgesellschaft und städtischer Kommunikationsarbeit bietet das Buch eine fundierte Übersicht über die Herausforderungen und Chancen moderner Kommunikation.

➤ www.staedtetag.de/240508

25 Jahre Preis Soziale Stadt

Der Wettbewerb „Preis Soziale Stadt“ feiert im Jahr 2025 sein 25-jähriges Jubiläum. Bis zum 31. Januar 2025 können sich Projekte bewerben, die im Sinne sozialer Quartiersentwicklung den nachbarschaftlichen Zusammenhalt stärken sowie Integration und ein gutes Miteinander fördern. Der Preis wird gemeinsam vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., dem Deutschen Städtetag, dem AWO Bundesverband, dem Deutschen Mieterbund und dem GdW – Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. ausgeschrieben.

➤ www.staedtetag.de/240509



Nachbarschaftspreis für
Helden der Nachbarschaft
(© Interkulturelle Projekt-
helden e.V.)



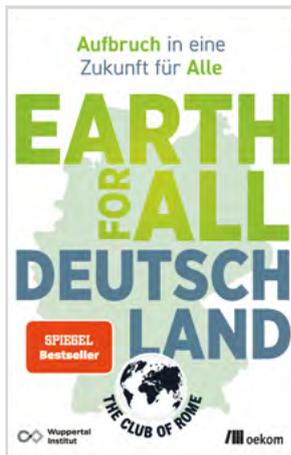
Nachbarschaftspreis
Sonnige Aussichten
(© nachbarschaftspreis.de)



Nachbarschaftspreis 2024 für Projekte aus Neuss und Pirna

Zwei Themensieger des Deutschen Nachbarschaftspreises 2024 kommen aus unmittelbaren Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages: Die „Helden der Nachbarschaft“ aus Neuss sind Sieger in der Themenkategorie „Generationen“: Jugendliche und junge Erwachsene engagieren sich für ihr Wohnumfeld – u. a. besuchen junge Geflüchtete Seniorinnen und Senioren, gemeinsam spielen sie Bingo, gestalten den Garten oder backen zur Weihnachtszeit Plätzchen. Das Projekt „Sonnige Aussichten“ aus Pirna, Sieger der Themenkategorie „Vielfalt“ ermöglicht es den knapp 7.000 Nachbarinnen und Nachbarn des Stadtteils Sonnenstein ihre Ideen einzubringen und umzusetzen. Es fördert den Austausch zwischen verschiedenen Generationen und Kulturen und stärkt das Gemeinschaftsgefühl im Viertel. Der Deutsche Städtetag gehört zu den Förderern des Deutschen Nachbarschaftspreises.

➤ www.staedtetag.de/240511



Earth for All Deutschland. Aufbruch in eine Zukunft für alle

Klimaschutz, Klimaanpassung und Transformationsprozesse etwa bei Energie und Ernährung aber auch Fragen zu Demokratie, sozialer Verantwortung und Wohlstandsverteilung stehen im Mittelpunkt des Buches herausgegeben von Club of Rome und Wuppertal Institut. Ausgangspunkt der geschilderten Überlegungen und Ansätze ist die Vielzahl globaler Krisen, welche nach tiefgehenden und weitreichenden Veränderungsprozessen verlangen.

➤ www.staedtetag.de/240510

Deutscher Städtetag



@Thomas Berberich Photography

Christian Schuchardt (CDU) wurde im November einstimmig vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages zum neuen Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages gewählt. Er nimmt die Amtsgeschäfte am 1. Juli 2025 auf und folgt auf Helmut Dedy (SPD), der dann in den Ruhestand treten wird. Dedy ist seit 2016 Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes und war zuvor dessen stellvertretender Hauptgeschäftsführer. Christian Schuchardt ist seit 2014 Oberbürgermeister der Stadt Würzburg und engagiert sich seit 2020 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



@Frank Nuernberger

Zur neuen Stellvertretenden Vorsitzenden wurde **Dr. Christine Wilcken** (SPD) gewählt. Sie ist bereits Beigeordnete für Klima, Umwelt, Wirtschaft und Brand- und Katastrophenschutz beim Deutschen Städtetag. Sie folgt auf Stefan Hahn (CDU), der die stellvertretende Hauptgeschäftsführung seit Juni 2024 für ein Jahr kommissarisch innehat. Hahn ist Beigeordneter und Leiter des Dezernats Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales beim Deutschen Städtetag. Mehr zur Wahl auf Seite 14.



@Stadt Ulm, Stephanie Duong

Schul- und Bildungsausschuss: Neue Vorsitzende ist **Iris Mann**, Bürgermeisterin der Stadt Ulm. Sie leitet in Ulm den Fachbereich Kultur, Bildung und Soziales. Iris Mann ist seit 2013 Mitglied im Ausschuss und folgt auf **Dr. Christiane Zangs**, Beigeord-

nete a.D. für Schule, Bildung und Kultur der Stadt Neuss. Zangs setzte sich immer mit Begeisterung für die Arbeit im Deutschen Städtetag ein. Sie war Vorsitzende des Schul- und Bildungsausschusses sowie stellvertretende Vorsitzende im Kulturausschuss des Deutschen Städtetages und auch im Städtetag NRW aktiv. Sie vertrat den Deutschen Städtetag unter anderem im Schulausschuss der Kultusministerkonferenz.



@Detlef Ilgner

Neu im Amt



@Privat

Gütersloh: Neuer Bürgermeister von Gütersloh ist seit 3. Dezember **Matthias Trepper**. Der Sozialdemokrat folgt auf Nobert Morkes (BfGT – Bürger für Gütersloh).



@Stadtverwaltung Pirmasens, Gregor Theis

Städtetag Rheinland-Pfalz: **Markus Zwick**, Oberbürgermeister von Pirmasens, wurde zum neuen Vorsitzenden des Städtetages Rheinland-Pfalz gewählt. Der Christdemokrat leitet seit 2019 die Geschicke der Stadt Pirmasens und folgt auf Oberbürgermeister David Langner (SPD) aus Koblenz, der das Amt seit 2022 inne hatte und zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde.



@Guisi Faragone

Saarländischer Städte- und Gemeindetag: Der Oberbürgermeister von Sankt Ingbert, **Prof. Dr. Ulli Meyer**, wurde zum neuen Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindetages gewählt. Der Christdemokrat steht seit 2019 an der Spitze der Stadt und folgt auf Jörg Aumann (SPD), Oberbürgermeister von Neunkirchen, der turnusgemäß nun stellvertretender Präsident ist.

Geburtstage



@Axel Weiss, Werbefotografie Weiss GmbH

Stefan Bosse (CSU), Oberbürgermeister der Stadt Kaufbeuren, feiert am 24. Dezember seinen 60. Geburtstag. Er leitet bereits seit 2004 die Geschicke der Stadt Kaufbeuren.



Oberbürgermeister **Tim Lochner** (parteilos), Stadt Pirna, wird am 25. Januar 55 Jahre alt. Er steht seit 2024 an der Spitze der Stadt.



Nachhaltiges Wirtschaften beginnt vor Ort.

Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.

Die nachhaltige Transformation der Wirtschaft beginnt in den Regionen. Dort sind die mittelständischen Unternehmen – das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands – zu Hause. Genauso wie wir, die Sparkassen. Wir begleiten Unternehmen als Finanzpartner bei ihrer Entwicklung. Wir stehen ihnen beim Umbau auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise zur Seite. Gemeinsam gestalten wir eine lebenswerte Zukunft für alle – partnerschaftlich, klimafreundlich, erfolgreich.

Weil's um mehr als Geld geht.





Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann
Mitarbeit: Tobias Fricke

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de